

Hafemann, Helmut

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben.

Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen

Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft.

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 283-297. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 30)



Quellenangabe/ Reference:

Hafemann, Helmut: Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben. Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen - In: Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 283-297 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-106093 - DOI: 10.25656/01:10609

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-106093>

<https://doi.org/10.25656/01:10609>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang

Herausgegeben von

Peter Dudek und H.-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1993

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1993 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung (DTP): Klaus Kaltenberg
Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach
Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41131

Inhaltsverzeichnis

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Vorwort.....	7
--------------	---

I.

SIEGFRIED WOLF

Worte, in den Wind gesprochen.....	13
------------------------------------	----

II.

KLAUS JÜRGEN TILLMANN

Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.....	29
--	----

GUNDEL RICHTER/BERND-REINER FISCHER

Städtischer Schulalltag im Wandel. Eine Lehrerperspektive.....	37
--	----

BENNO HAFENEGER

Aus westlicher Sicht. Ein Bericht über Lehr-Erfahrungen im revolutionären Wandel	49
--	----

GERD EGGERS

„Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform	61
--	----

III.

ULRICH WIEGMANN

SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“	75
--	----

HEIKE KAACK

Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR im Sommer 1989.....	89
---	----

BERND-REINER FISCHER

Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers	103
--	-----

WOLFGANG EICHLER/CHRISTA UHLIG

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR	115
---	-----

HELGA GOTSCHLICH

Wie gründet man ein Institut?	127
-------------------------------------	-----

IV.

CHRISTINE LOST

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen 139

GERNOT BARTH

Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik 149

LOTHAR WIGGER

Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von „Pädagogik“ und
„Pädagogik und Schulalltag“ 161

WOLFGANG SEITTER

Abwicklung museal geronnener Geschichte. Bemerkungen
zur museumspädagogischen Arbeit in der DDR 181

V.

CHRISTOPH FÜHR

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern.
Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen 195

WOLFGANG EDELSTEIN/ULRICH HERRMANN

Potsdamer Modell der Lehrerbildung 199

HEINZ-HERMANN KRÜGER/THOMAS RAUSCHENBACH

Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum „Neuaufbau“
der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle 219

PETER MENCK

Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel 237

VI.

ELKE BOVIER/KLAUS BOEHNKE

Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner
Lehramtsstudentinnen und -studenten vor der Währungsunion 245

BERND STICKELMANN

Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung 259

YVONNE G. LÜDERS

Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs 273

HELMUT HAFEMANN

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben.
Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen 283

VII.

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Rückblick in prospektiver
Absicht 301

Autorenspiegel 329

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben

Erfahrungen im Aufbauprozess des Landesjugendrings Thüringen

Ein vielen vieles versprechender Start

Schon bald nach der Öffnung der Mauer hatte der Hessische Jugendring (HJR) von der hessischen Landesregierung ein Sofortprogramm zum Aufbau einer demokratischen und pluralen Jugendarbeit in Thüringen gefordert. In mehreren Begegnungen zwischen hessischen und Thüringer Jugendvertretern, anfangs aus der FDJ und vor allem von den neugegründeten Runden Tischen der Jugend in den DDR-Bezirken Erfurt, Gera, Suhl, wurde die Absicht eines intensiven Austauschs und von Unterstützungsaktivitäten bekräftigt. In der „Dörnberg-Erklärung“ forderte die Vollversammlung des HJR im Mai 1990 eine ganze Reihe von materiellen und ideellen Hilfen für Thüringer Jugendliche auf staatlicher und besonders auf verbandlicher Ebene. Begegnungen und Qualifizierungen sollten gefördert, Häuser gesichert, Jugendvertretungen in Thüringen rechtlich institutionalisiert und ein Informationsbüro des HJR mit einem zu gründenden Landesjugendring in Thüringen eingerichtet werden.

Im Sommer 1990 konnten ein Mitarbeiter für die Aufbauhilfe von Stadt- und Kreisjugendringen, im Herbst ich selbst für Hilfe und Beratung des Landesjugendrings Thüringen (LJRT) und landesweiter Jugendverbände, im Winter ein Kollege für die Unterstützung der Thüringer Sportjugend, jeweils auf ABM-Basis, beim HJR eingestellt werden.

Meine Ausgangsmotivation war geprägt von einer Mischung aus hoffnungsvollem Elan, in Anknüpfung an meine bisherigen Kontakte zur Bürgerbewegung kritische und basisdemokratische Kräfte und Ansätze unterstützen zu können, zugleich erster Ernüchterung angesichts der Marginalisierung der Oppositionsgruppen und der um sich greifenden resignativen und larmoyanten Stimmung, der defensiven und weitgehend hilflosen Besitzstandsappelle gegenüber dem Abbau vieler Sozialleistungen gerade auch im Jugendhilfebereich. Gedämpfte Neugier, zurückhaltende Offenheit, die Bereitschaft zu sehen und zu hören, zu fragen und meinerseits Angebote, Empfehlungen, Hinweise zu unterbreiten, leiteten meine ersten Kontaktgespräche an. Dabei wurde deutlich, daß ich es mit einer Reihe verschiedener Jugendlicher und Jugendvertreter aus dem gesellschaftlichen Gesamtspektrum, soweit es sich um die aktiveren Gruppen handelte, zu tun hatte. Vertreter der Runden Tische der Jugend, eingeschlossen ehemalige FDJ-Funktionäre und ML-Lehrer, Mitarbeiter der ehemaligen staatlichen Verwaltung, nicht in erster Linie oppositionsbewegte und jugendkulturell innovative Jugendliche und junge Erwachsene waren meine Gesprächspartner.

Eine zentrale Ausgangsbedingung stellte für viele offenbar der Verlust sozialer Sicherheiten und Bedingungen, das Fehlen von Gesellschaftern, materiell abgesicherten Freizeitmöglichkeiten und solidarischen Gemeinschaftsformen als Ausgleich zu Kommerzialisierungsdruck und Individualisierungsschub dar. Der Fall der Mauer und das Ende der

Unfreiheit war auch ein Fall sozialer „Errungenschaften“ des DDR-Staates, eine der wenigen scheinbar positiv vorzeigbaren Leistungen im Vergleich mit dem westdeutschen System. Versagt hatte doch anscheinend primär nur das Wirtschaftssystem, der Zusammenhang mit dem subventionierten, geschweige denn mit dem ideologisch funktionalisierten Sozialsystem schien nebensächlich. Nun wollte der BRD-Staat neben der erwünschten Einführung der Marktwirtschaft auch gleichzeitig die sozialen Leistungen demontieren? Kann da die angekündigte Hilfe von westlichen Sozialinstitutionen, freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe überhaupt als Hilfe oder nur als billiger Ersatz und politischer Hohn erlebt werden? Sollte man jetzt noch gezwungen sein, um materielle Zuwendungen betteln und kämpfen zu müssen, sogar noch für etwas dankbar zu sein, was man an materieller Ausstattung früher zumindest in den staatlichen Jugendorganisationen zur Genüge hatte? Wenn der neue Staat nicht nur freiheitlicher, sondern auch nicht weniger sozial sein wollte („Keinem wird es schlechter gehen, vielen besser“, so BUNDESKANZLER KOHL), dann sollten die Westberater im sozialen Feld das gefälligst auch einlösen und schnelle Handlungshilfen geben. Anderenfalls würde sich eben beweisen, daß das westliche Modell zumindest im Sozialbereich ein schlechteres Bild abgäbe und man hier besser von der DDR gelernt hätte. Von daher erschien auch die ideelle Hilfe, z.B. die pädagogische und politische Beratung, in dem zweifelhaften Licht bloßen Versorgungersatzes.

Solche und ähnliche Definitionen der eigenen problematischen, aber im Bewußtsein nicht vollständig eigenverschuldeten Ausgangssituation waren von einigen Gesprächspartnern zu hören. Daraus resultierten verschiedene Folgerungen und Erwartungen bei den Jugendvertretern. Es handelte sich weniger um eine platte, allenfalls eine zunehmend defensive und reaktive DDR-Nostalgie z.B. bei Ex-Funktionären, eher um eine verbreitete Anspruchshaltung dem neuen wie dem alten Staat gegenüber, anfangs changierend zwischen Hoffnung auf oder Enttäuschung über Hilfe von oben, ohne sich vom neuen Staat wirklich abkehren zu können. Viele begrüßten die neuen Möglichkeiten einer nicht staatlich gegängelten Jugendarbeit, verbanden dies aber mit der Erwartung, ausreichende Mittel weitgehend frei verfügbar ohne enge Vergabekriterien, staatliche Kontrollen und bürokratische Antragsverfahren zu haben. Auch die oppositionsbewegteren Jugendvertreter wollten nichts mehr vom DDR-Staat und seiner Jugendarbeit wissen, waren aber ebenfalls auf Außenhilfe von großen und kleineren Trägern, z.B. den Kirchen, angewiesen. Diese Vertreter von Verbänden, Initiativen und autonomen Projekten waren nicht weniger skeptisch uns gegenüber eingestellt als die identitätsmäßig stärker auf die DDR bezogenen Kontaktpartner, befürchteten sie doch wieder neue, wenn auch gemäßigte Auflagen und Eingriffe in ihre schmerzlich erkämpfte oder gerade erst erworbene Eigenständigkeit. Viele von ihnen wollten deshalb Hilfe möglichst nur finanziell, zur Realisierung ihrer eigenen Vorstellungen.

Derartige Ausgangserwartungen auf Thüringer Seite standen mit meiner Einstiegsperspektive zum Teil in Einklang, zum Teil in Widerspruch. Als Vertreter des HJR war ich zwar Vertreter einer freien, wenn auch staatsnahen Institution, wollte aber deswegen nicht mit dem westdeutschen Gesellschaftssystem und staatlicher Politik identifiziert werden. Ich wollte mich keinen unerfüllbaren Übererwartungen verpflichten oder mir Autorität anmaßen, mich aber auch nicht auf die Funktion des Geldboten, Möbelfahrers und Kofferträgers reduzieren lassen. Ich wollte mich einerseits bescheiden am Basisaufbau von Jugendstrukturen beteiligen, mich zum anderen dabei wirklich einmischen dürfen: soziales Lernen initiieren und demokratische Partizipation fördern und durch meine Mithilfe zeigen, daß und wie sozialstaatliche Leistungen und materielle Hilfen politisch von unten erstrit-

ten werden müssen. Es war mir wichtig, auch kritische Einschätzungen bundesrepublikanischer Politik und Verwaltungsstrukturen zu vertreten und zugleich eine produktive und demokratische Auseinandersetzung als möglich und – ausgehend von Erfahrungen in der Friedensbewegung und als Kommunalpolitiker – einfallsreich und erfolgversprechend auszuweisen.

Der vom HJR als Anstellungsträger gesetzte Auftrag schloß dies implizit ein, konzentrierte sich aber auf die Etablierung der formalen Grundstrukturen von Jugendring und Jugendverbänden in einer sich erst konturenhaft herausbildenden jugendpolitischen Landschaft. In der Dörnberg-Erklärung des HJR waren zwar schon bestimmte konkrete Vorhaben benannt, andererseits sollte ich natürlich offen für die kommenden Bedarfsanmeldungen der Thüringer Partner sein. So stellte sich unter anderem die Frage, wieweit es mir möglich sein würde, zügig notwendiges jugendpolitisches Wissen zu vermitteln, materielle Hilfe zu leisten und für notwendig gehaltene Projekte und Maßnahmen durchzuführen, ohne das Neue nur zu übertragen und ohne die alternativenlose Aufnahme unserer Vorstellungen bei den Thüringer Vertretern abzuwarten und abzufragen.

Um einen entsprechenden Modus zwischen Planungsvorschlägen, Ratschlägen und der Offenheit gegenüber eigenen Selbstverständigungs- und Verselbständigungsprozessen auszuhandeln, fanden Gespräche mit den dem HJR bekannten Interessenten an einem Landesjugendring statt. Sie begannen mit Hoffnung und gegenseitiger Offenheit mit einer aktiven Gruppe von Vertretern der Runden Tische der Jugend Gera und Erfurt und besonders des Bezirksjugendrings Suhl. Bei der Vorbereitung der Gründungsversammlung eines Landesjugendrings seit September 1990 wurden mir, meinem Kollegen und Anleiter aus der HJR-Geschäftsstelle und dem für die Stadt- und Kreisjugendringe zuständigen Kollegen viele Fragen hinsichtlich der Rahmenbedingungen, der Sicherung und Förderung von Jugendringen, Vereinen, Verbänden und Jugendeinrichtungen gestellt. Unsere Antworten fielen angesichts der ungeklärten jugendpolitischen Strukturen in Thüringen eher allgemein aus. Wir empfahlen eine aktive Mitgestaltung bei der Etablierung dieser Strukturen, regten Kontakte zu Landesbehörden und Landtagsfraktionen an und gaben Grundinformationen zu rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten. Immer wieder bezogen sich die Diskussionen auf einige zentrale Orientierungsgrößen: *Recht*: Was dürfen wir? Wie können wir das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und anderes möglichst günstig für uns interpretieren?, *Staat*: Was sollen und dürfen wir? Womit ist insbesondere vom Sozialministerium her zu rechnen und was ist infolgedessen zu tun? *Geld*: Was können wir woher möglichst schnell bekommen? Was brauchen wir und können wir bezahlen?

Geld war verständlicherweise immer gefragt und schweißte die Verbände in Thüringen und den LJRT mit dem HJR zusammen. 1990 konnte ich für etwa 40.000 DM, die den hessischen Jugendverbänden vor allem für Modellprojekte zur Verfügung standen, eine fast komplette Büroeinrichtung vom Spitzer bis zum PC für die LJRT-Geschäftsstelle in Erfurt einkaufen. Daneben stellte ich eine – bislang leider kaum genutzte – Leihbibliothek und ein umfangreiches Paket mit audiovisuellen Medien zusammen. Im Jahr darauf flossen über 100.000 DM Eigenmittel des HJR in die LJRT-Geschäftsführung, in Kooperationsmaßnahmen der Thüringen-Berater und in die materielle Grundausrüstung von Jugendverbänden. Letztere erhielten den Hauptanteil weiterer 350.000 DM aus der Thüringen-Hilfe des Landes Hessen für die Einrichtung von Landesgeschäftsstellen, incl. Material- und Medienausstattung, sofern hessische Verbände für Thüringer Partner entsprechende Anträge stellten. Eine Reihe weiterer Mittel organisierte der LJRT selbständig von verschiedenen Seiten und erwirkte schließlich im Sommer 1991 die ersten Fördergel-

der des Landes Thüringen in Höhe von 700.000 DM. 1992 wurde die Summe auf 1,2 Mio. aufgestockt, die Auszahlung verzögert sich aber wiederum in die 2. Jahreshälfte hinein, und eine Personalförderung fehlt ganz. Finanzielle Überbrückungsnotwendigkeiten für die Durchführung von Verbandsaktivitäten, Freizeiten, dazu verspätete Zahlungen von ABM-Geldern behindern die Arbeit. Sie erhöhen zwar die Kunst des Improvisierens, was man als gelernter DDR-Bürger recht gut kann, wirken vor allem aber demotivierend, nicht nur bei Vertretern staatsfixierter Versorgungserwartungen. Sie tragen zum Glaubwürdigkeitsverlust des neuen Staates bei, der offenbar mehr bürokratische Selbstbeschäftigung betreibt als ein freizügiges Herz für Kinder und Jugendliche zu haben, der für manche sogar noch als bürokratischer als der frühere DDR-Staat gilt. Immerhin konnte der LJRT eigene Räume im Kultusministerium, wenn auch erst im Frühjahr 1991, mietfrei beziehen. Ein Jahr später zog er in das Gebäude des Sozialministeriums um und vergrößerte die Geschäftsstelle von 2 Räumen auf 4.

Ein Jugendring – unterschiedliche Jugendverbände. Strukturen und Beziehungen im LJRT

Die Thüringer Jugendvertretungen wirkten trotz einiger Interessenkonflikte insgesamt kompromißbereit und solidarisch in vielen organisationsstrategischen und finanzpolitischen Fragen zusammen. Überhaupt existiert eine ungewöhnliche breite Palette von mittlerweile über 30, freilich überwiegend noch sehr kleinen Jugendverbänden – oder, wie es der LJRT offener in Hinblick auf die Zukunft der Verbandsarbeit und ihre Rekrutierungsprobleme nennt, „Jugendvertretungen“. Dies sind konfessionelle, gewerkschaftliche, fachlich orientierte Verbände (z.B. Jugendrotkreuz, Jugendfeuerwehr, Sport) mit großen, übernommenen Mitgliederkarteen, Pfadfinder, Landjugend, naturbezogene Verbände, aber auch, als außerordentliche Mitglieder (ohne Stimmrecht), parteipolitische oder stärker von Erwachsenen geprägte Jugendvertretungen sowie die Junge Presse Thüringen. Die FDJ (jetzt: fdj) ist allerdings bislang nicht als Mitglied aufgenommen worden, was besonders von der starken evangelischen Jugend verhindert wurde. Die Berührungängste gegenüber einer gewendeten fdj nehmen, nachdem deren Finanzierungsgrundlagen nachvollziehbarer geworden sind, bei vielen Beteiligten wieder ab. An kleineren, originär in den neuen Bundesländern entstandenen Gruppierungen finden sich auf Landesebene nur wenige, z.B. die Kindervereinigung, die Homosexuellen-Initiative Thüringen, der Jugendbund Deutscher Regenbogen, der sich inzwischen mit der westdeutschen „Deutschen Jugend in Europa“ (DJO/DJE) verbunden hat. Die anderen, mit Partnern aus den westlichen Bundesländern liierten Verbände erhalten nicht unbedingt eine größere Unterstützung, müssen ebenfalls oft ganz klein anfangen und wollen organisatorisch und inhaltlich möglichst eigenständig bleiben. Auch die originär östlichen Verbände besitzen inzwischen alle ihre Kontakte und Vernetzungen, u.a. in Form punktueller Zusammenarbeit mit und Ressourcennutzung bei anderen großen Verbänden.

Manche Jugendverbände haben als Kern gewachsene Freundescliquen mit eigenen Freizeitinteressen und Gruppenaktivitäten, denen kleine Nachbargruppen und Einzelaktivisten angegliedert sind. Ähnlich bildet ein Teil der aktiven Personen des LJRT im Vorstand, Hauptausschuß oder in der Geschäftsstelle ein durch alte Bekanntschaften und Loyalitätsbeziehungen aus der Zeit vor und/oder in der Wende entstandenes Netz dichter Binnenkommunikation und aufeinander bezogener, gemeinsam bewältigter Lern- und Leidenserfahrungen. Das fördert Züge einer Gruppenkultur, welche an der LJRT-Spitze je-

doch durch Einzelkämpferhaltungen oder Funktionärsrollen neutralisiert und für allgemeine LJRT-Zwecke kanalisiert wird. Auf der Basis der informellen Kommunikationsstruktur wurde mit Gründung des LJR rasch und geschickt eine formale Struktur etabliert. Ihre Hauptsäulen sind ein ehrenamtlicher Vorstand, eine Geschäftsstelle mit vier Hauptamtlichen auf ABM-Basis, der Hauptausschuß als wesentliches, da am häufigsten und intensivsten diskutierendes und entscheidendes Organ mit der gesamten Breite haupt- und ehrenamtlicher Vertreter aus allen Jugendvertretungen, aufgaben- und themenbezogene Unterausschüsse, eine zweimal jährlich einberufene Vollversammlung mit einer unterschiedlichen Delegiertenzahl je nach Stärke der Verbände, bei der grundlegende Entscheidungen getroffen werden.

Die Mitgliedschaft im Jugendring ist abhängig von einem Bekenntnis zu Demokratie und Pluralismus, von jugendpolitischer Vertretungsfunktion und demokratischer Binnenstruktur des Verbandes (auszuweisen durch die Satzung), Arbeit für und durch Jugendliche und die Mindestverbreitung auf Landesebene. Gerade letzteres macht den im Aufbau befindlichen Jugendverbänden große Sorgen, ist doch bei geringer Verbreitung nur eine außerordentliche Mitgliedschaft ohne Stimmrecht möglich. Vor allem ist dann vom Land keine reguläre und dauerhafte finanzielle Förderung vorgesehen. Dies konnte bisher durch ein Moratorium des Landes, Sonderregelungen des LJRT und solidarisches Zusammengehen verschiedener Verbände (auch Bildung von Arbeitsgemeinschaften, Sammelvertretungen) aufgefangen werden. Doch steht die Überprüfung der Verbreitung der Jugendverbände durch das Landesjugendamt an, und es muß sich zeigen, ob dem der Landesjugendring etwas entgegensetzen kann und will.

Die Vertreter und Initiatoren der Jugendverbände trafen sich im Rahmen des LJRT zu den verschiedenen Gremiensitzungen sehr häufig, ein Kern von Aktivisten mindestens einmal bis mehrmals wöchentlich. Fast alles erschien anfangs als wichtig, sollte transparent und für alle durch gründliche Protokollierung kontrollierbar bleiben. Vieles sollte untereinander genau geregelt, mögliche Konflikte vorbedacht und durch Satzung und Geschäftsordnung reguliert werden. Man diskutierte und schrieb, telefonierte, verhandelte und stimmte sich ab. Wohl dem, der in Erfurt wohnte, eine ABM-Stelle in seinem Verband hatte und ein Telefon besaß. Mit der Herausbildung festerer Positionen und legitimer Befugnisse, spezialisierter Wissensbestände und eingespielter Kontakte zwischen bestimmten Personen entwickelte sich der Code stärker zu knappen Ansagen, Andeutungen, Anmerkungen von seiten führender LJRT-Vertreter. Typische Sprachgesten und Argumentationsfiguren waren u.a.: „Es ist hier noch einmal zu bedenken, daß ... auch in Hinblick auf die Anforderungen/Maßnahmen vom Ministerium her ... Dies ist auch schon woanders so andiskutiert worden ..., das muß aber erst noch in den Gremien abgeprüft werden ... Wir nehmen den Vorschlag zur Kenntnis und werden weiter darüber beraten ... Das ist laut Geschäftsordnung/Sitzungsplan heute nicht zu behandeln ... Die Jugendverbände sind in Umsetzung der Beschlüsse darauf zu orientieren, daß sie ... Man sollte ...“

Dem selbstgesetzten Zwang unterworfen, eine politisch wahrnehmbare „Positionierung“ des LJRT zu entwickeln, verfaßte man unermüdlich jugendpolitische Grundsatzserklärungen, vorläufige Förderungsgrundsätze, Memoranden usw. in einer z.T. politisch geschuldeten Diktion von Satzungen, „Anforderungen“, Anmahnungen von Notwendigkeiten in einer versachlichten, stark formalisierten, oft verwaltungsbezogenen Sprache. Einige LJRT-Vertreter wußten anscheinend sehr gut eine bislang übliche und offenbar noch wirksame Form der Ansprache staatlicher Vertreter in Thüringen zu wählen. Was war taktisches Sprachspiel, was Rollenidentifikation und Gewohnheit? In den Binnenbeziehungen des

LJRT schafften diese Formen zum einen Distanzen und teilweise Intransparenz, zum anderen auch den Eindruck von eigener institutioneller Bedeutung und individueller Sicherheit über die Zugehörigkeit als Mitglied.

Beratung für Thüringen – von Hessen her?

Die Gespräche, an denen die Hessen beteiligt waren, bezogen sich besonders in den ersten Monaten auf die rechtlichen und finanziellen Fördermöglichkeiten und Spielräume der Jugendverbandsarbeit, z.B. staatliche Regelförderung und Modellprojektförderung, Jugendsammelwoche und Sportwettenbeteiligung, ebenso auf Fragen der Ehren- und Hauptamtlichkeit (diskutiert als Anstellungsverhältnis, nicht als Rollenproblematik), auf die Außenvertretung eines Jugendrings in verschiedenen Institutionen (z.B. Rundfunkbeiräten), natürlich auf die politische Lobbyarbeit, das Verhältnis von Stadt-/Kreisjugendringen zu einem Landesjugendring, das Verhältnis von parteipolitischen zu verbandlichen Jugendorganisationen, auf die Arbeit mit Kindern, auf Jugendarbeit, geeignete organisatorische Verfahrensmöglichkeiten und Aufnahmekriterien, Altersbegrenzung und Delegiertenschlüssel usw. Eine Schwierigkeit für die Thüringer als Empfänger von Informationen und Ausführungen resultierte schon aus ihrer mangelnden Erfahrung und der fehlenden Möglichkeit zur Beurteilung unserer Aussagen sowie aus der ihrem raschen Unabhängigkeitswillen widersprechenden Informationsabhängigkeit. „Eure Beratung aus dem Westen ist sowieso immer eine suggestive Beratung“. „Wieso?“ – „Weil wir vieles ja gar nicht richtig beurteilen können.“ Ihre Unsicherheit nährte offenbar den latenten Verdacht, daß wir sie ausnutzen, unterschwellig eigene, ihnen womöglich entgegenstehende Interessen verfolgen könnten.

Die u.a. wegen der besseren Anschaulichkeit und in Abgrenzung zu bloß allgemeinen „Lager-Seminaren bei euch im Westen“ notwendige Konkretion in unserer Darstellung bezog sich in erster Linie auf die hessischen Verhältnisse und unsere HJR-Erfahrungen. Das löste angesichts des relativ fortschrittlichen hessischen Modells und eines starken HJR ebenso Wünsche nach Übernahme wie Skepsis bezüglich der Durchsetzbarkeit im konservativ regierten Thüringen aus. Galt der HJR nicht sogar als „links“? Diese taktisch-politischen Zusatzbefürchtungen ließen wieder nach, nachdem zuerst in Hessen, dann in Rheinland-Pfalz (als zweitem Orientierungspol für die Thüringer Landesregierung neben Bayern als drittem) die konservativen Regierungen abgelöst worden waren und die Thüringer Landesregierung sich mit sozialdemokratischen und Grünen Partnern arrangieren mußte.

Unberührt davon blieb eine generelle Skepsis gegenüber allem, was aus den westlichen Bundesländern oder von der Bundesregierung an politischen Vorgaben und Zumutungen kam. Dies war verständlich vor dem Hintergrund nicht immer eingehaltener Versprechungen, divergierender, günstigenfalls gegeneinander abwägbarer Empfehlungen von hessischen, rheinland-pfälzischen und bayerischen Beratern im Sozialministerium und anderen staatlichen Institutionen, von „zu viel“ oder „zu wenig“ Entlassungen ehemaliger Verwaltungsmitarbeiter in der DDR. Was hiervon im Winter 1990/91 den Vertretern des Landesjugendrings Thüringen zu Ohren kam, belastete auch das Verhältnis zum HJR.

Wir vertraten nämlich neben der Betonung möglichst freiheitlicher und selbstbestimmter Handlungsmöglichkeiten und einer kritischen Einflußnahme durch den LJRT gleichzeitig die Einschätzung, daß angesichts der in der Thüringer Landesregierung sichtbaren Entwicklung – von einer Nichtwahrnehmung oder Abwertung der Jugendverbände zu einer schrittweisen Öffnung – nun möglicherweise mit der sehr raschen Einführung von Vor-

schriften, Anerkennungs- und Förderungsrichtlinien, angelehnt an hessische Regelungen, zu rechnen sei. Die von uns ermutigte und geforderte Suche nach einem eigenen Selbstverständnis im LJRT wurde aber überlagert durch die z.T. gegenläufigen politischen Entwicklungen und Anforderungen von außen. HJR- und LJRT-Vertreter waren sich daher einig, möglichst eilig und eigeninitiativ jugendpolitische Empfehlungen und Forderungen dem Sozialministerium zu unterbreiten. Das schloß mit ein, sich dabei, und sei es kritisch, an den wahrscheinlich kommenden Rahmenbedingungen zu orientieren.

Über das jugendpolitische Feld hinaus versuchte der LJRT, sich in die Diskussionen um bildungspolitische Fragen, z.B. ein Erwachsenenbildungs-, Kindertagesstätten-, Schul- und ein wenig aussichtsreiches Bildungsurlaubsgesetz, einzumischen. Die eigenen Kontakte des HJR zu den Ministerien in Hessen und Thüringen wurden demgegenüber von seiten der LJRT-Vertreter nicht immer ohne Vorbehalte und Zweifel betrachtet. Thüringen war ihr Territorium und die Ministeriumskontakte waren ein Hauptgebiet für den Geschäftsführer des LJRT. Wir Hessen sollten und wollten dort nur mit der gebotenen Zurückhaltung und Rücksprache agieren.

Meine Loyalität war allerdings eine kritische, wenn der LJRT z.B. in der versuchten Vorwegnahme von Dienstleistungs- und Beratungsaufgaben des anfangs kaum funktionsfähigen Landesjugendamtes gegenüber kommunalen Jugendämtern und in der Verhandlung mit Staat, Fachorganisationen und Wohlfahrtsverbänden einen etwas zu großen Appetit zu erkennen gab und Energien von anderen, ureigenen Problemfeldern abzog. Man schien nach dem Motto zu verfahren: Eigentlich wollen wir nicht mehr so viel Staat; wenn aber doch wieder vieles von oben reguliert wird und vielleicht auch werden muß, sind wir selbst ein Stück Staat oder ein starker freier Träger mit Übernahme möglichst vieler Zuständigkeiten. Eine Definition des LJRT als Teil der Gesellschaft in Form einer kritischen Öffentlichkeit, sozialen Bewegung oder außerparlamentarischen Jugendlobby war dagegen eher unsere Perspektive.

Zusammenwachsen – auch eine Aufgabe zwischen LJR und Jugendverbänden

Die teilweise erzwungene, daneben aus persönlicher Existenzunsicherheit und Ehrgeiz gespeiste Profilierungssucht gegenüber staatlichen Institutionen und Vertretern der Fachöffentlichkeit führte zu einer starken Identifikation der Aktiven mit diesen politischen, häufig von bestätigendem Erfolg gekrönten Aufgaben der Außenvertretung des LJRT. Zugleich wuchs die Entfremdung vieler Hauptausschußmitglieder untereinander und gegenüber der Basis, wenn es z.B. darum ging, die neuen und erst einmal komplizierten jugendpolitischen Förderungsmöglichkeiten, die Regelungen des KJHG oder auch interne Strukturierungs- und Verfahrensvorschläge nachzuvollziehen und kritisch einschätzen zu können. Informationen wurden in den Hauptausschuß gegeben, dort aber nur bedingt verstanden und kritisch diskutiert, häufig in Unterausschüsse des Hauptausschusses (weiter-) gegeben, dort nur von wenigen Hauptausschußvertretern mitbearbeitet. Sie wurden aber nicht immer zuverlässig von den (überlasteten) Jugendvertretern in die je eigenen Geschäftsstellen oder Vorstände, selten in die Grundorganisation der eigenen Jugendverbände weitervermittelt und dort hinreichend behandelt. So gab es nur einen – im Verhältnis zu den vielen Entscheidungsvorlagen von oben – begrenzten Rücklauf an eigenständigen Anregungen und Mitgestaltungsimpulsen aus den Jugendverbänden in den Hauptausschuß oder sogar in die Vorstands- und Geschäftsführungsebene des LJRT hinein. Diese Kluft wurde bislang von beiden Seiten, Geschäftsführung mit Vorstand auf der einen und einer

Reihe von Hauptausschußvertretern auf der anderen Seite, bedauert, doch durch gegenseitige Vorhaltungen, Arbeits- und Schuldzuweisungen perpetuiert.

Mangelt es nach unseren westdeutschen, in einem langen Prozeß erworbenen, in größerer materieller Sättigung und institutioneller Absicherung leichter einhaltbaren Maßstäben zum einen in der LJRT-Geschäftsstelle stark an offenen Absprachen und Teamarbeit, zum anderen an Mut zu grundsätzlicher Kritik oder „dummem“ Nachfragen im Hauptausschuß, so muß bei dieser Bewertung freilich berücksichtigt werden, daß nach meinen Erfahrungen in Thüringen in der Alltagskommunikation, in öffentlichen Diskussionssituationen und z.T. auch interfraktionellen Umgangsformen in Parlamenten generell eine eher konfliktscheue und vorsichtige, verunsicherte und harmoniesuchende Haltung zu dominieren scheint. Zwar wird viel pauschale oder auch konkrete Kritik geäußert, es gibt auch viele allgemeine Klagen, besonders in Form einer Außenabgrenzung gegen westdeutsche politische und soziale Zumutungen oder auch gruppen- und personenbezogene Anschuldigungen (besonders gegen „Wessis“, „alte Seilschaften“, Stasi und „SED-Bonzen“). All dies geschieht aber oft nur im informellen Gespräch oder bis zum drohenden Beginn einer sich zuspitzenden Kontroverse, der dann des öfteren gegengesteuert wird mittels Signalen eines gemeinsamen Selbstverständnisses, z.B. einer kollektiven Schicksalsverbundenheit und Machtlosigkeit. So müsse man, kann man hören, derzeit mit begrenzten, nicht für alle gleich nützlichen, dafür raschen Schritten und deren Nutzen für die Allgemeinheit und den LJRT zufrieden sein.

Solches Beschwichtigen, gelerntes Wegtauchen und Konfliktscheue hält sich in der neuen Unübersichtlichkeit als defensives Muster sicher noch eine Weile, charakterisiert freilich nicht den LJRT insgesamt. Im Gegensatz zu den im gesellschaftlichen Umfeld verbreiteten Mustern der Problemverarbeitung, Anklagen, Selbstmitleid, gemeinschaftlichen Depression (mit zerfließenden Ich-Strukturen) und/oder stark individualisierten Überlebens- oder Karriereversuchen ist der LJRT durch eine stärker offensive und aktive, ehre strukturbezogene und strukturensetzende Überlebensstrategie gekennzeichnet. Alte DDR-Identitäts- oder Rollen Aspekte werden stolz bewahrt oder betont, z.B. eine vom Anspruch her gemeinschaftliche, in der Realität zumindest zwecksolidarische Haltung, selbstbewußte Grenzziehungen gegenüber zuviel Westeinfluß bzw. Vorbehalte gegen zu stark westbeeinflusste Verbände.

Konflikte wurden entsprechend durch ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaftlichkeit und zugleich nach Einhaltung fester, sicherheitsgebender Spielregeln gemildert und absorbiert, manche aber nur aufgeschoben und auf andere, informelle, unter der angestrebten Sachlichkeit weiterwirkende Beziehungs- und Auseinandersetzungsebenen verlagert. Aus Angst, die an den Runden Tischen erreichte und überall im gesellschaftlichen Umfeld zerfallende oder sich nur noch reduziert darstellende Solidarität weiter zu gefährden, führten die Berührungssängste und weltanschaulich-politischen Unterschiede selten zu grundlegenden Auseinandersetzungen.

So wurde zwar die fdj besonders durch Bestreben der konfliktgewohnten evangelischen Jugend erneut abgelehnt, doch erfolgte dies beispielsweise durch eine geheime Abstimmung auf einer Vollversammlung, ohne daß man Willens war, die Ablehnungsgründe von seiten verschiedener Verbände offen zu diskutieren. Sie seien ja sowieso „subjektiv“, d.h. emotional und politisch begründet, während nach formalen Kriterien eine Aufnahme möglich gewesen wäre. Heutzutage dürfe jeder subjektive Gründe geltend machen, und diese müßten „demnach“ auch nicht näher darlegbar und diskutierbar sein. Ein herbeizitierter Subjektivismus muß hier zur Konfliktvermeidung herhalten, in anderen Fällen dient

der übernommene Anspruch eines breiten „Pluralismus“ einem ähnlichen Zweck einer konfliktvermeidenden „Toleranz“ gegenüber und zwischen unterschiedlichen Verbänden im Jugendring.

Das Streben nach harmonischer Übereinstimmung oder punktueller politischer Übereinkunft bei gleichzeitigem Strukturbedarf fördert im Ergebnis eine bestimmte Verfahrenspraxis, nämlich über das langwierige Aushandeln gemeinsamer Positionen hinaus möglichst rasch durchschaubare Gemeinschaftsstrukturen und die Akzeptanz paternalistisch-fürsorglicher, solidaritätserheischender und wenigstens kurzfristig sicherheitsgewährender Strukturierungsangebote. Trotz Enttäuschung über die SED-Führung, trotz oder wegen neuerlicher, nicht so gravierender Enttäuschungen über die Bundesregierung oder Westdeutsche gibt es neben dem überwiegenden, aufrichtigen Wunsch nach mehr Demokratie auch im LJRT noch politische Apathie und autoritäre Gewohnheiten. Manchmal fand ich im LJRT-Rahmen ein ungewöhnlich offenes, gutwillig „naives“ Aufeinanderzugehen, kompromißbereiten Realitätssinn und einen (z.T. kritisch) auf vergangene oder aktuelle Erfahrungen bezogenen Zusammenhalt, besonders in der „Außenpolitik“. Manchmal überwog in den Binnenbeziehungen der Primat der Kontrolle.

Daß es sich dabei eher um eine Kontrolle von oben als von unten handelte, ist von den Jugendvertretern selbst mitverursacht worden. Obwohl sie für ihre Verhältnisse und im Vergleich mit hessischen Verbänden durchaus produktiv und soweit wie möglich qualifiziert in den LJRT-Gremien mitgearbeitet haben, waren sie bei aller anfänglichen Reserviertheit gegenüber einer materiell und personell großzügig ausgestatteten LJRT-Geschäftsstelle wegen der dann überschätzten „Supermöglichkeiten“ motiviert, viele Aufgaben und entscheidende Vorklärunen an die Geschäftsstelle zu delegieren und diese mit dem Vorstand in vielen Dingen relativ eigenständig agieren zu lassen. Das war z.T. kaum anders möglich, da die einer Geschäftsstelle obliegenden Routineaufgaben noch kaum entwickelt waren. Wenn Diskussionen im Hauptausschuß abgebrochen, in Ausschüsse verwiesen, trotz Unsicherheit abgestimmt oder selbstverständlich auch Befugnisse an den Vorstand oder an den Geschäftsführer übertragen wurden, dann geschah all dies trotz historisch fundierten Mißtrauens auch mit Zustimmung der Hauptausschußmitglieder („Wenn wir schon der Einrichtung einer großen Geschäftsstelle zugestimmt haben, dann sollen sie auch das meiste selbst machen“).

Der manchmal in thüringer jugendpolitischen Kreisen zu hörende Vorwurf eines aufgeblasenen, überflüssigen, ja erdrückenden LJRT-„Wasserkopfes“ ist daher nicht richtig. Denn vorerst treffen auch die Beschreibungen des Geschäftsführers und von Vorstandsmitgliedern noch zu, daß die Hauptausschußmitglieder bzw. Jugendverbände nur mangelhaft mitarbeiten, Sitzungsunterlagen unvollständig lesen oder mitbringen, sich in deren Terminologie und die zur Diskussion stehenden Sachverhalte oft nur langsam einarbeiten, gesetzte Abgabetermine oft nicht einhalten usw. und so das Zusammenwirken erschweren. Die aktive Spitze des LJRT klagt darüber, daß viele Jugendverbände sie nur als jugendpolitische Repräsentanten und den LJRT überwiegend als Geldverteilungsapparat ansehen und anerkennen.

Primat der Jugendpolitik vor der Jugendpädagogik

Die jugendpolitischen Diskussionen standen von allen Seiten stark unter einem pragmatischen, an Erfolg orientierten Interesse. Pädagogisches Interesse, ein Erfahrungsaustausch über die Lebensäußerungen und Bedürfnisse der Jugendlichen in den Verbänden und das

Nachdenken über den Tag hinaus wurden von der politisch-strategischen Suche nach öffentlicher Anerkennung und materieller Ausstattung in den Hintergrund gedrängt. Nach Meinung der LJRT-Spitze seien die inhaltlichen Positionen und Konzepte Sache der wertpluralistischen Jugendverbände selbst.

Damit waren aber gerade viele kleinere Jugendverbände mit ihren existentiellen Problemen infolge der starken Organisationsmüdigkeit, einer eher skeptischen und abwartenden Haltung oder einer individuellen Orientierungs- und Lebensstilsuche thüringer Jugendlicher auf sich allein gestellt. Ob die Verbände nun explizit konzeptionelle oder methodische Hilfestellung wollten oder erst einmal nicht, sie mußten mit ihren oft nur ehrenamtlichen oder auf perspektivenarmen ABM-Stellen sitzenden Kräften sowohl innerverbandliche Aufbauprobleme wie attraktive Freizeitangebote und Mitgliederwerbung vor Ort bewältigen als auch im LJRT mitarbeiten. Diese Mitarbeit beschränkte sich dann oft auf die eigene Interessenanmeldung, besonders für bessere materielle Rahmenbedingungen. Erstaunlich ist nur, daß dieses Kernproblem nicht zu einer offenen Diskussion und problembewußten Lösungssuche, z.B. in einer Reihe pädagogischer Qualifizierungsseminare oder in einem systematischen Austausch von Praxiserfahrungen, führte.

Jedenfalls hangelte man sich in vielen Jugendverbänden lieber über die Runden, solange noch Jugendliche zu Veranstaltungen kamen, und da, wo Jugendliche oder Jugendvertreter selbst zu verbandsintern angebotenen Seminaren kaum mehr erschienen, wurde dies eher als bedauerliches Interessendefizit hingenommen und weitere, z.B. vom HJR, singular auch vom LJRT angebotene Qualifizierungsseminare abgelehnt, anstatt sich selbstkritisch umzuhören und sich neue Angebotsformen zuzutrauen. Wie soll man sich als 35-jähriger Jugendfunktionär für jugendentsprechende Kommunikationsformen öffnen, ohne sich mit Jugendkulturen, Lebenswelten und Entwicklungsproblemen usw. theoretisch und praktisch auseinanderzusetzen? Man hätte über gut vorbereitete, evtl. von mehreren Verbänden getragene, immer auch Freizeitanteile und schrittweise Anregungen für die Selbstartikulation und -entwicklung der Teilnehmer enthaltende Seminare nachdenken sollen. Hilfreich wären vielleicht auch vielfältige Versuche der Teilnehmergeewinnung gewesen, sei es mittels einer breiteren Öffentlichkeitsarbeit oder bei einem kleinen Adressatenkreis mit einer persönlichen Ansprache und Motivierung.

Im Endeffekt ergab sich ein Teufelskreis dergestalt, daß besonders kleine und überwiegend ehrenamtlich arbeitende Verbände zwar einen größeren Bedarf an methodisch-didaktischen Anregungen, inhaltlicher pädagogischer Orientierung und an Organisationsberatung hatten, daß es ihnen jedoch zugleich beim derzeitigen Verfahrensstil und Zeitdruck nicht einmal gelang, eine hinreichend deutliche Problemdefinition und überzeugende Bedarfsanmeldung im LJRT-Rahmen vorzubringen.

Eine von mir vorentworfene, dem LJRT angebotene Reihe von „Kooperations-Seminaren“ zu Fragen, Ansätzen und Methoden der Jugend(-verbands-)arbeit wurde, unter anderem auch wegen der bisherigen Erfahrungen mit zu stark westlich vorstrukturierten und nicht immer als „ertragreich“ erlebten Seminaren, pauschal zurückgewiesen. Die Jugendvertreter in den Verbänden hätten Wichtigeres zu tun, Geschäftsstelle und Vorstand ebenfalls. Ein Medienseminar zur Öffentlichkeitsarbeit bot der LJRT wegen seines praktischen Nutzens außerdem seinen Jugendverbänden selbständig an. Durch eine geringe Teilnehmerbeteiligung bestärkte aber diese Veranstaltung noch weiter die Zweifel am Sinn von Seminaren.

Gelingende thematische Seminare wurden von den Jugendverbänden teilweise in Eigenregie besonders dort durchgeführt, wo es wie bei der evangelischen Jugend eine Tradi-

tion kritischer politischer Auseinandersetzungen, auch mit solch „praxisfernen“ Themen wie Ökologie und 3. Welt, gab. Die fachlich orientierten Verbände führten, gemischt mit Freizeitaktivitäten, Unterricht in Erster Hilfe, Brandschutz oder sportliche Übungen durch. Auch über Orientierungsprobleme wollte man meist nicht allzu persönlich reden; statt an Orientierungs- und Phantasielosigkeit fehle es eher an Geld und Planungssicherheit. „Politische Bildung“ sei zudem als neue ideologische Schulung verdächtig und daher unattraktiv.

Jugendfreizeitarbeit, z.B. Jugendclubbetrieb oder fürsorgersch motivierte Jugendsozialarbeit, scheinen gewohnter und akzeptierter zu sein. Soweit dies als selbstverständlich und routiniert durchführbar gilt, verzichtet man wiederum gern auf westlichen Rat. Neben diesem Anteil wenig konfliktartig reflektierter Jugendpädagogik scheint Jugendpolitik unter veränderten politischen Verhältnissen die größere, neuere und spannendere Herausforderung zu sein, um die man nicht umhinkommt (erst Geld, dann Nachdenken über Veranstaltungsinhalte), die auch mehr oder gewohntere Möglichkeiten der Profilierung und Berufsorientierung bietet. Denn bei allem Neuen in der Politik, politisch zu denken und zu reden hatte man in der DDR noch eher gelernt als ein selbstkritisches pädagogisches Hinterfragen. Vielleicht wirkte der westliche pädagogische Jargon daher als verunsicherndes Herrschaftswissen. Eher hemmend als fördernd auf inhaltliche Diskussionen wirkten und wirken auch die durch eine oppositionelle oder angepaßte Haltung in der ehemaligen DDR bedingten Gegensätze oder mißtrauischen Vorbehalte zwischen verschiedenen Jugendverbänden bzw. die unterschiedlichen biographischen Wege der Jugendvertreter. Themen konzeptioneller und politisch-weltanschaulicher Art behandelte man oft lieber im eigenen Verband, die Teilnahme an entsprechenden Diskussionen in den Unterausschüssen des Jugendrings blieb marginal.

Kooperationsprobleme zwischen HJR und LJRT

Die angesprochenen Probleme im LJRT waren nicht expliziter Gegenstand der Beratungen zwischen mir oder anderen HJR-Vertretern und unseren Ansprechpartnern aus der LJRT-Führung. Da wir uns nicht in die „inneren Angelegenheiten“ des LJRT einmischen sollten, blieb es bei knappen Anfragen, Hinweisen unsererseits und meist noch knapperen Antworten und Verweisen durch LJRT-Vertreter auf andere, für verantwortlich gehaltene Umstände und Personengruppen.

Zu berücksichtigen ist ja auch die für alle immer hohe, wenn auch z.T. freiwillige Arbeitsbelastung und der damit verbundene Verschleiß an Kraft, (Selbst-)Ehrlichkeit und gutem Willen. Die mit der Entfaltung eines breiten Aktionspotentials einhergehende Verselbstständigung und Profilierung des LJRT, die sich als schwierig erweisenden Binnenstrukturen mit Herausbildung interner Hierarchiebeziehungen, mit Sicherheit auch manche zu abrupt vorgeschlagenen Vorschläge und zu pauschalen Einschätzungen durch HJR-Vertreter, viele kleine beiderseitige Kommunikationslücken und Kooperationsdefizite im „Chaos“ des Alltags, all dies trug zu einer Distanzierung zwischen HJR und LJRT besonders von seiten führender LJRT-Vertreter bei. Trotzdem wurden auf der Grundlage einer hinreichenden Loyalität und eines funktionalen Rollen(-selbst-)verständnisses zwischen den Vorständen, Geschäftsführern und z.T. mit den Thüringen-Beratern eine bedarfsorientierte Unterstützung, sachbezogene Zuarbeit, gemeinsame Veranstaltungen, jugendpolitische Initiativen und Veröffentlichungsprojekte wiederholt verabredet.

Auf der Ebene des Landesjugendrings widmeten sich mein Kollege und Anleiter aus der HJR-Geschäftsstelle und ich seit Ende 1990 neben der rechtlichen und organisatorischen Beratung des LJRT der Durchführung mehrerer etwa zweimonatlicher Seminare und Fachtagungen zum KJHG, zu Werkstattprojekten, Initiativen zur Errichtung einer Jugendbildungsstätte in Ohrdruf und Buchenwald, zum Rechtsextremismus und anderem.

Die juristische, organisatorische und jugendpolitische Beratung versuchte, weitgehend auf die Wünsche der thüringer Kollegen einzugehen. Doch besonders die öffentlichen Veranstaltungen waren nicht konfliktlos durchführbar. Die von meinem Kollegen, einem langjährig erfahrenen Jugendbildungsreferenten des HJR, vorgeschlagenen Projekte und Aufgaben hatten für die Thüringer oft einen zu umfassenden und geschlossenen Charakter. Sie wollten frühzeitig bei der inhaltlichen Planung beteiligt sein, nicht nur Referenten aus dem Westen hören, nicht nur organisatorische Hilfen bei der Auswahl des Tagungshauses oder der Gewinnung von Teilnehmern beisteuern. Wenn die Veranstaltungen schon aus HJR-Mitteln für Thüringer bezahlt wurden, wollten sie als Thüringer über „ihr“ Geld mitentscheiden und im Einladungsschreiben an die Verbände als gleichwertige Mitveranstalter deutlich erwähnt werden. Unter dem Druck knapper Vorbereitungszeiten und umständlicher, auch HJR-intern nicht immer lückenloser Abstimmungsverfahren, aber auch wegen der des öfteren fehlenden Sensibilität oder scheinbar berechtigten Eigenbehauptung und projektbezogenen Bedeutsamkeit wurde von HJR-Vertretern nicht immer beachtet, den LJRT hinreichend zu beteiligen. Eine Mischung aus abgekühlter Reserviertheit, verhaltenen Vorwürfen bis zeitweilig schroffer Abkürzung des Gesprächs, kommentarlosem bis mißmutigem Hinnehmen und Weitergeben unserer Vorschläge und Meinungen sowie einem geschickten gegenoffensiven Einfordern anderer Unterstützungstätigkeiten war die Folge.

Nachdem sich mein Kollege als Jugendbildungsreferent ab Sommer 1991 wieder überwiegend anderen HJR-Angelegenheiten zuwandte, versuchte ich neben alltagsbezogener Beratung die gemeinsamen Projekte fortzuführen sowie eigene Ideen und Vorhaben voranzubringen und zugleich stärker auf die Vorschläge und Ideen des LJRT einzugehen. Dadurch wurden manche Dinge einvernehmlicher und kommunikationsintensiver bearbeitet, kamen aber aufgrund des größeren Zeitaufwands nicht in einem höheren Ausmaß zustande. Wenn nicht zäh und beharrlich mit Selbstvertrauen und ansteckendem Eifer „durchgezogen“, versandete vieles, vom HJR Initiiertes ganz – so stellte es sich für mehrere Kollegen aus der HJR-Geschäftsstelle dar, die allerdings die komplizierten Thüringer Feldbedingungen wie technische Unzulänglichkeiten, LJRT-interne Abklärungsverfahren, autonomiebeanspruchende Empfindlichkeiten nicht oder nur zeitweise kannten und berücksichtigten. Ein wiederholtes Reklamieren von Absprachen provozierte ja eher Unmut und Abwehr beim LJRT. Die vom LJRT seinerseits, oft in Form definitiver Gremienbeschlüsse, vorgebrachten Vorschläge ließen sich insgesamt – schon aus technischen und zeitökonomischen Gründen – genausowenig zur vollen Zufriedenheit des LJRT von mir oder uns einlösen. Sie bedurften oft weiterer konkretisierender, z.B. HJR-interner, Absprachen. Dies wiederum konnte vom LJRT als gewolltes oder desinteressiertes Hinauszögern verstanden werden.

Nur zu selten führten die vielen prozeßbegleitenden Einzelhilfen, ständige Suche nach und Beschaffung von Informationsmaterial und mein Bemühen, ein offenes Gespräch, beiderseitige Nachdenklichkeit und partnerschaftliche Verhandlungsführung zu stärken, zu deutlichen oder gar publikumswirksamen Ergebnissen. Gemessen an den hohen Ausgangserwartungen und der gemeinsamen Zielsetzung war dies für alle Beteiligten enttäu-

schend und führte zu Kritik und Vorwürfen, nicht ohne Suche nach veränderten Realisierungsstrategien, weniger zum Infragestellen und Fallenlassen der Ziele, Vorhaben und Fiktionen.

Zum einen bemängelte der LJRT eine entweder zu direktive, drängende oder eine zu langwierig dauernde und unvollständige Unterstützung. Er forderte über die verabredeten Einzelprojekte hinaus zum anderen ständig aktuelle und letztlich notwendigerweise fragmentarisch bleibende Alltagshilfen ein, möglichst durch eine abwechselnde Dauerpräsenz aller vier HJR-Thüringen-Berater. Vertreter des LJRT wollten häufig noch mehr prozeßbegleitende Hilfen und kurzfristig von ihnen definierbare Zuarbeiten, Kollegen in der HJR-Geschäftsstelle wünschten dagegen mehr produktorientierte Einzelaktivitäten, auch um dem hessischen Ministerium oder der Verbandsöffentlichkeit gegenüber nachweisbare Ergebnisse zu liefern.

Beidem versuchte ich einigermaßen gerecht zu werden. Da ich diesen überzogenen und z.T. konträren Aufgabendefinitionen, den schmeichelhaften oder ungehaltenen Erwartungen nicht rechtzeitig selektiver entgegentrat, fand ich mich aber schnell in einer permanenten (Selbst-)Überforderungssituation wieder. Ich wollte es allen recht machen, um die politisch wichtige Ost-West-Verständigung und den Aufbauprozeß demokratischer Jugendverbände nicht einer Zerreißprobe auszuliefern. Allerdings mußte ich mich in viele der ständig neuen Fragen selbst erst einarbeiten, alte Akten sichten, Materialien ordnen, Kollegen und private Bekannte fragen und interessieren und mit verschiedenen westlichen und östlichen Trägern ein Netz von Hilfen und Kooperationsmöglichkeiten für mich und den LJRT mit aufbauen. Trotz ständiger Mehrarbeit blieb das Ergebnis enttäuschend.

In den Augen der LJRT-Vertreter waren ich und meine Kollegen zu selten in der Erfurter Geschäftsstelle. Wenn ich aber anwesend war, konnte ich die vereinbarten Aufgaben nicht besser und kontinuierlicher bearbeiten, hatte keinen Arbeitsplatz und nicht immer den versprochenen Gesprächs- und Arbeitspartner, erhielt aber zusätzliche Informationen und Einschätzungen, Anfragen und Anweisungen. Wenig Essenspausen und Schlaf in Thüringen, aber dennoch nicht genügend Zeit für all das, was man an Aufgaben mitgebracht hatte und was jeweils neu sich ergab.

Manchmal fühlte ich mich wie der sich naiv selbstüberschätzende Hase, der zwischen Thüringen und Hessen hin- und her rannte und helfen wollte, nur wußten die ansässigen, besonders der Thüringer Igel, meist schon, was ich noch besser, schneller, anders tun sollte. Nichts war genug und doch manches schon zu viel. Jede Hilfe und Einarbeitung in neue Bereiche produzierte neue Unsicherheiten und Nachfragen, Selbstverortungen und Anspruchserhöhungen.

Ich versuchte, mir dieses „Vor und Zurück“, „Hin und Her“ mit einer verständlichen Ambivalenzhaltung, einem ebenso ernsthaften Hilfewunsch wie einer berechtigten Hilfeabwehr zu erklären. Denn neben den üblichen Hinweisen auf technische und organisatorische Umsetzungsschwierigkeiten fiel mir auf, wie stark meine LJRT-Partner ihre eigenen Kompetenzen, Wissensbestände und die formale Einhaltung ihrer – wie sie meinten: „vielleicht sogar konsequenter als im HJR eingehaltenen“ – demokratischen Entscheidungsprozesse betonten. Man wollte nicht nur wie ein dummer Junge zum Objekt von Hilfe werden, sondern vieles besser machen und den Lehrer übertreffen, und sei es, indem man ihm (oberlehrerhaft) zeigt, daß seine Hilfe eh' nicht ausreicht. Der Lehrer sollte bescheidener, zurückhaltender oder/aber noch hilfswilliger, situationsangepaßter sein, indem er sich nach Verweis auf die teilweise bedarfsbezogene Unangemessenheit seiner Hilfsangebote selbst stärker zum Lernen und Zuhören bereit findet. Entsprechend nahmen von seiten des

LJRT das Herausstellen der eigenen Aktivitäten, das Durchsetzen eigener Standpunkte, die Eigendeklaration von Anforderungen an uns einen zunehmenden, z.T. berechtigten und wünschenswerten Raum in den Besprechungen ein. Daß Ratschläge auch Schläge sein können, gilt freilich auch dann, wenn der Beratene seinerseits dem Ratgeber definitiv rät und zu verstehen gibt, wie er zu beraten und zu helfen habe.

Verstehendes Annähern oder Distanzen akzeptieren? – Eine Bilanz

Demokratie und Selbstbestimmung einzüben wird schnell akzeptiert und als Anspruch übernommen, braucht dennoch Zeit und geht nur mühsam und widersprüchlich voran. Diese Ziele nur von oben oder außen zu initiieren, bleibt in der bekannten paradoxen Botschaft befangen: „Sei selbständig! Laß dir sagen, laß dir dies und jenes nicht mehr einfach von anderen sagen!“ Die Hilfe bleibt in einer Abhängigkeitsbeziehung wirkungsarm, falls das Einüben nicht maßgeblich von unten gewollt und versucht wird. Die zunächst im West-Ost-Beratungs-Gefälle strukturell enthaltene Kränkung und Zumutung und die daraus mehr oder weniger stark, aber fast immer anzutreffende ambivalente Haltung gerade auch bei selbstbewußten und aktiven Kollegen in Ostdeutschland zwischen „Komm und geh, gib her, aber behalt' es, ja wir wollen es oder doch lieber nicht“ findet ihre Auflösung nur durch produktive, erfolgreiche Selbstbestimmungserfahrungen. Die ambivalente Grundeinstellung zu verstehen rechtfertigt zwar erst einmal das zeitweise nur langsame Vorankommen mit und im LJRT. Freilich setzt hier ein in westlicher sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeit gehaltener Verstehensversuch noch nicht die dilemmatische Kommunikationsdynamik im Alltag außer Kraft. Ein Reden über das Reden auf einer uns gewohnten Metaebene, in einem von uns dominierten und definierten Sprachspiel bleibt in der beschriebenen Schwierigkeit einer Aufklärung von oben befangen. Weil wir scheinbar die gleiche deutsche Sprache sprechen, merken wir nicht immer rechtzeitig, daß wir mit gleichen Begriffen oder Sätzen Verschiedenes meinen, daß z.B. unterschiedliche Wertigkeiten und Verbindlichkeiten bei bestimmten Umschreibungen und Abmachungen von der jeweiligen Seite aus mitgemeint sind. In der „eigentlich“ leichteren Verständigungsnähe zwischen Ost- und Westdeutschen spürte ich manche Fremdheit umso stärker. Je näher man sich kam, um so deutlicher wurden Unterschiede sichtbar, und diese z.B. in scheinbaren Kleinigkeiten bestehenden Unterschiede trugen zu Bewußtwerden und Fixierung von Distanzen bei.

Die Kommunikationsprobleme anzusprechen hätte wahrscheinlich selbst noch als Therapieisierung der Situation, als verletzende Klientelisierung der Partner gewirkt. Gegen zu viel Hilfe, gegen „penetrant“ emphatisches Verstehenwollen oder manchmal wohlmeinendes Mißverstehen von oben oder außen halfen den LJRT-Vertretern neben Abwehr und Hinauszögern kompensatorische Gegenreaktionen wie Gegenbelehrungen, vereinnahmende Umdefinition, selektive Übernahme von Schlüsselbegriffen und der Informations-einbau in betont eigene Vorstellungen und Antizipationsversuche, Überreizung der Hilfs- und Informationsangebote durch übersteigerte Nachfrage nach dem Motto „Noch mehr desselben und noch eines drauf“.

Die anfangs auch vom HJR genährten hohen Ansprüche eines raschen und starken LJRT-Aufbaus konnten und wollten von seiten der führenden LJRT-Vertreter nicht mehr zurückgenommen werden, nachdem sie erst einmal akzeptiert, übernommen und zu einem Instrument beidseitiger kritischer Bemessung, Kontrolle („Abfragen“ von vereinbarten Arbeitsschritten) und Selbstbeurteilung geworden waren. Die hohen Ansprüche wirkten

dabei sowohl als produktiver Motor wie auch als kontraproduktive Belastung für alle Beteiligten. Der gemeinsame Eindruck, im Zeitrafftempo fast Unmögliches leisten zu müssen, erschwerte eine selbstkritische Wahrnehmung der je eigenen Schwächen und Grenzen sowie eine offene Kommunikation darüber. Defizite und Fehler sollten schnell überwunden, nicht noch niederdrückend besprochen werden. Aufbauen, Durchstarten, Durchhalten – eine deutsche Tugend.

Im Unterschied zu verschiedenen HJR-Kollegen war ich trotz „Bauchschmerzen“ bereit, in solchen und ähnlichen Situationen gegenseitiger Vorhaltungen, dauernden Handlungsdrucks und Gesprächsverweigerungen im LJRT mit Hilfe meiner gelernten pädagogischen, psychologischen und soziologischen Deutungsmuster einzuräumen, vieles liege z.B. an einer bestimmten Gruppendynamik, z.T. mit Involviertheit des HJR, an schwierigen Lernprozessen der Beteiligten usw. Man müsse die Verbesserung einfach kontrafaktisch optimistisch unterstellen und aufbauend Geduld, Vertrauen und Loyalität zeigen. „Ich bin aber Pädagoge und kein Therapeut“, erwiderte mir ein Kollege und zog sich aus dem verwirrenden Kontakt mit Vertretern eines Thüringer Stadtjugendrings zurück, da alles, was er auf ihre Bitten hin tat, ihm nur ihre Vorwürfe einbrachte.

Entgegen einigen HJR-internen Anfragen nach einem effektiveren Kooperationsstil oder einem persönlich und institutionell erträglichen Belastungsmaß, nach finanzieller Aufwandsrechtfertigung und politischer „Verkäuflichkeit“ halte ich dennoch dafür, daß die Unterstützungsbereitschaft des HJR politisch wichtig und weitgehend wirksam war. Sie kann nicht an traditionellen Maßstäben einer gewohnten westlichen Bildungsarbeit und partnerschaftlichen Kommunikation, was zwei etwa gleichberechtigte und gleichrangig kompetente Partner voraussetzt, oder an eingespielten Verfahrensroutinen und verlässlichen Parametern in einem strukturierten Feld von vernetzten Trägern, ausgebildeten Referenten, Förderregularien etc. gemessen werden. Die Thüringer Jugendverbände werden ihren eigenen holprigen Weg gehen müssen und wollen, sich ihren Verhältnissen angemessene Förderstrukturen und Organisationsverfahren geben und erstreiten.

Die dafür notwendige sachliche Qualifizierung der Akteure, der Erwerb von Selbstvertrauen und sozialen Kompetenzen, die Förderung einer offenen Streitkultur, auch das Ausdrücken von Gefühlen und eigenen Befindlichkeiten bleibt eine pädagogische und bildungsbezogene Aufgabe der Verbände, Jugendringe, freier und öffentlicher Institutionen. Demokratie einzuüben braucht Anleitung und Hilfestellungen, aber mehr noch Geduld, Zeit und Räume für eigene Handlungsexperimente und Erfahrungsreflexionen, wofür Bedingungen zu schaffen es unter anderem wiederum inhaltlicher Auseinandersetzungs- und Bildungsbereitschaft des LJRT bzw. seiner Jugendverbände bedarf.

Und das persönliche Fazit? Überall anpacken, auch wenn man nicht weiß, was oder ob überhaupt etwas herauskommt – diese Anfangshaltung könnte ich nach eineinhalbjähriger Erfahrung modifizieren: Nicht noch einmal alles erleben wollen, doch an vielen Punkten, z.B. in Fortbildung und Betreuung der Jugendverbände, weitermachen, auch wenn nicht immer alles vorausplanbar, durchsetzbar oder verhinderbar ist. Von selbst und mittels purer Selbstorientierung der Thüringer Jugendlichen und Jugendvertreter reguliert sich in der west-östlichen Mesalliance jedenfalls nicht alles zum Guten. Auch wenn wir nicht immer gerufen werden: westdeutsche Pädagogen sollten sich stärker einmischen. Nur kommt es auf das Wie an.

Anschrift des Autors

Dipl.-Päd. Helmut Hafemann, Freiherr vom Stein-Str. 5, 6551 Rüdesheim.